

Rassistische Brandanschläge auf Imbisse

In den letzten vier Monaten wurden in Brandenburg neun Brandanschläge auf Imbisse verübt. Die Brandstifter machen aus ihrem Hass keinen Hehl. Wo unter 100 Deutschen nur drei MigrantInnen leben, müssen Asia-Pfannen und Döner-Läden den Rassisten als Symbole für ihre Wahnvorstellung von „Überfremdung“ erhalten.

Einigen der Betroffenen wurde über Nacht die Existenzgrundlage genommen. Viele BetreiberInnen waren nicht versichert, weil die Beiträge zu hoch waren oder weil sie von den Versicherern abgelehnt wurden. Überdies müssen die Opfer auch noch die Kosten für die Entsorgung ihrer verkohlten Stände tragen. In einem Land, in dem viele Menschen Arbeit suchen, haben es MigrantInnen, die laut Gesetz keinen Job annehmen dürfen, den Deutsche machen wollen, ohnehin schwer. Die prekäre Migrantenökonomie ist oft ihre einzige Perspektive. Und weil sie kaum eine Wahl haben, schweigen die meisten ImbissbetreiberInnen, solange sie von den Rechten, die bei ihnen deutsches Bier kaufen, nur beleidigt und bedroht werden.

ImbissbetreiberInnen haben keine Institution, die sie berät und vertritt. Durch Spenden und die Hilfe von BürgerInnen und Gemeinden wurde einigen der Betroffenen ein Neuanfang ermöglicht. Das kann zwar die nötige Förderung und Sicherheit nicht ersetzen. Aber diese Solidarität ist die praktische Verteidigung der Lebensgrundlagen von MigrantInnen und damit einer der Voraussetzungen für eine multikulturelle Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst zusammen leben und arbeiten können.
Opferperspektive e.V.



Protest gegen Brandanschläge

Foto: Nicola Scuteri, Umbruch

FOKUS

Breite Solidarität mit Anschlagopfern

Nach der Serie von Anschlägen auf ausländische Imbisse wurde quer durch Brandenburg ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern rechtsextremer Gewalt gesetzt. In Pritzwalk und Rheinsberg kamen jeweils hunderte Menschen zu Demonstrationen. Die Kommunen Schipkau, Pritzwalk und Wusterhausen riefen mit der Opferperspektive zu Spenden auf, um den Ruin ihrer Mitbürge-

rInnen abzuwenden. Die Brandenburger Zeitungen zeigten ihre Unterstützung, indem sie Spendenaufrufe druckten. Lokale Unternehmen, die Aktion Cura, der Weiße Ring und zahlreiche BürgerInnen halfen Vu Van Khao, Minh Nguyen und Mehmet Alatas durch Spenden und tatkräftige Unterstützung, einen neuen Anfang zu schaffen.
Siehe Seite 2: Fokus

MONITOR

Mehr rechtsextreme Gewalttaten als angenommen

Für das Jahr 2003 hat die Opferperspektive im Land Brandenburg bisher 116 rechtsextreme Gewalttaten registriert. Neun weitere Fälle werden noch geprüft. Im Vergleich zu den 128 Angriffen des Jahres 2002 wäre ein leichter Rückgang festzustellen. Ein detaillierter Abgleich mit der Gewalttatenliste des Landeskriminalamts (LKA) zeigte jedoch, dass das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Gewalt ohnehin weit höher eingeschätzt werden muss: 35 der 81 vom

LKA im Jahr 2002 registrierten Fälle waren der Opferperspektive nicht bekannt. Umgekehrt fehlten auf der polizeilichen Liste 73 Gewalttaten aus der Statistik der Opferperspektive, darunter zehn Fälle, die auch der Generalbundesanwalt als rechtsextrem bewertet hatte. Die Opferperspektive verwendet wie das LKA die bundeseinheitlichen Erfassungskriterien für politisch motivierte Gewalt.

Siehe Seite 3: Monitor

INHALT

FOKUS Ausländische Imbisse im Visier der Rechtsextremisten

MONITOR Täglich zwei Opfer in Ostdeutschland

AKTIV Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“

RANDSPALTE Schläger festgenommen

Ausländische Imbisse im Visier der Rechtsextremisten

Seit fünf Jahren betreibt Vu Van Khao im Gewerbegebiet von Pritzwalk einen Imbiss. Der Vietnameser, der als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen war, arbeitete hart, um sich und seiner Familie eine Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Am Morgen des 8. November 2003 war von seinem Imbiss nur noch ein verkohlter Schutthaufen übrig. Vier Rechtsextremisten hatten den Wagen in der Nacht angesteckt. Die Polizei konnte die Täter festnehmen, weil diese beobachtet worden waren, wie sie an einer Tankstelle Benzin abzapften.

Ob Vu Van Khao jemals von den Brandstiftern entschädigt werden wird, ist ungewiss. Zuerst müssen sie verurteilt werden, dann kann das Anschlagsoffer auf Schadensersatz klagen. Das kann Jahre dauern und hängt von der Zahlungsfähigkeit der Täter ab. Auf eine staatliche Entschädigung als Gewaltopfer kann sich der Vietnameser wenig Hoffnung machen, weil er keine gesundheitlichen Schäden erlitten hat. Zu alledem war sein Imbiss nicht versichert. Vu Van Khao hatte bei mehreren Versicherungen angefragt, aber keine der Gesellschaften wollte ihm eine Police anbieten. Und dann muss das Opfer noch die Kosten für die Beseitigung der Brandschäden tragen.

Vu Van Khao stand vor dem Nichts. Dass er bereits einen Monat nach dem Anschlag einen neuen Imbiss eröffnen konnte, ist dem Engagement von BürgerInnen und der Gemeinde Pritzwalks, den vielen SpenderInnen sowie der Hilfe des Weißen Rings und der Opferper-



Nach dem rassistischen Brandanschlag in Pritzwalk

Foto: Claudia Bihler, MAZ

spektive zu verdanken. Diese Solidarität birgt auch eine bittere Erkenntnis: Sie war vorbildlich, weil Opfer rechtsextremer Gewalt nicht überall mit solcher Hilfsbereitschaft rechnen können. Sie war wirksam, weil sie half, wo Staat, Wirtschaft und Verbände versagten.

Seit dem Jahr 2000 hat die Opferperspektive in Brandenburg insgesamt 42 Anschläge auf ausländische Imbisse registriert, davon 13 im Jahr 2003. Viele Betroffene gaben unter der Last der Anschlagfolgen auf, manche kehrten dem Land angesichts der Gleichgültigkeit ihrer MitbürgerInnen den Rücken.

Die NPD-Jugend hetzt offen gegen Döner-Läden und ruft auf ihren Internetseiten dazu auf, den „Eindringlingen die wirtschaftliche Grundlage zu nehmen“.

Die Brandstifter sind aber in der Regel keine Neonazis, sondern jene jungen Fremdenhasser, zu denen laut aktuellen Studien jeder fünfte Brandenburger unter 30 Jahren gezählt werden muss. Für sie sind die Imbisswagen leichte Ziele, die nicht weglafen oder zurückschlagen. Wie können die Stände geschützt werden? Sicher kann die Polizei ihre Streifenaktivität verstärken – nach deren Angaben werden die Imbisse bereits besonders bewacht –, es ist aber weder möglich noch wünschenswert, neben jedem Imbiss einen Polizisten zu stellen.

Wo die Anschläge nicht verhindert werden konnten, müssen wenigstens die Folgen für die Opfer wirksam gelindert werden. Die vielschichtigen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie die hohen Kosten übersteigen die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements bei weitem. Es muss gewährleistet werden, dass ImbissbetreiberInnen sich adäquat versichern und Hilfen zur Existenzgründung in Anspruch nehmen können. Es darf nicht sein, dass sie nach einem Anschlag das an den Geschäftsbetrieb gebundene Aufenthaltsrecht verlieren, wie dies in der Vergangenheit bereits geschehen ist. Betroffene ImbissbetreiberInnen brauchen Sicherheit, Förderung und Beratung, die ihnen einen Neuanfang ermöglichen. Der Staat, die Wirtschaft, die Verbände und Beratungsstellen können und müssen dafür Sorge tragen, dass MigrantInnen sich in Brandenburg eine Existenz aufbauen und ohne Angst am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Neun Brandanschläge in vier Monaten

Am 7. November 2003 wurde an zwei Imbissen in Pritzwalk Feuer gelegt, der Wagen von Vu Van Khao brannte völlig nieder. Vier Rechtsextremisten wurden festgenommen. Zwei Wochen später zerstörte ein Brandanschlag den Imbisswagen von Minh Nguyen in Wusterhausen. In Brieselang steckten in der Nacht zum 14. Dezember unbekannte Täter einen weiteren Imbiss in Brand. Am 20. Dezember wurde der Döner-Imbiss von Mehmet Cimendag in Rheinsberg erneut angezündet. Die Polizei hatte nach einem früheren Anschlag im August zwei Rechtsextremisten festgenommen. Am

28. Dezember brannte ein Imbisswagen in Falkenhagen. Am 28. Januar 2004 brannten zwei Rechtsextremisten den Imbiss von Mehmet Alatas in Hörlitz nieder, weil sie „Ausländer nicht leiden können“. In der Nacht zum 6. Februar schleuderten drei Rechtsextremisten einen Molotow-Cocktail in einen Imbiss in Brück, während dort ein Freund des Betreibers schlief. Der Brand konnte gelöscht werden, die Täter wurden festgenommen. Am 21. Februar verwüsteten Unbekannte einen Döner-Imbiss in Fürstenwalde und versuchten, mit einer Propangasflasche Feuer zu legen.

Zwei Opfer täglich in Ostdeutschland

Erstmals legten die Opferperspektive und sieben weiteren Beratungsstellen in Berlin und den neuen Bundesländern für das Jahr 2003 eine Gesamtstatistik vor. Danach erlangten die Beratungsstellen Kenntnis von insgesamt 551 rechtsextremen Angriffen mit mindestens 808 Opfern. Die meisten Gewalttaten ereigneten sich in Sachsen (141), Brandenburg (116) und Thüringen (91). „Jeden Tag werden allein in Ostdeutschland zwei Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt“, so Dominique John. Der Koordinator der Beratungsstellen betont, dass es sich nur um Fälle handelt, die von den MitarbeiterInnen recherchiert wurden. Trotzdem liegt die von den ostdeutschen Beratungsstellen veröffentlichte Zahl höher als die 546 rechtsextremen Gewalttaten, die das Bundesinnenministerium 2003 in der gesamten Bundesrepublik bislang gezählt hat.

Viele rechtsextreme Angriffe werden polizeilich nicht erfasst, weil die Opfer aus Angst vor negativen Folgen von einer Anzeige absehen. So berichten beispielsweise ImbissbesitzerInnen, deren Stände niedergebrannt wurden, von vorhergehenden Nötigungen und Körperverletzungen, die sie nicht angezeigt hatten, um Probleme mit rechtsorientierten KundInnen zu vermeiden.

Dazu kommt, dass die Polizei rechtsextreme Gewalttaten oft nicht richtig einstuft. Seit 2001 ist zwar ein verbessertes Meldesystem in Kraft, offenbar bestehen aber Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Selbst wenn die Tatmotivation durch Äußerungen der Täter offenkundig ist, wird der rechtsextreme Hintergrund nicht gesehen; beispielsweise wenn das Opfer, wie es häufig geschieht, auch beraubt wird. Es ist da in keiner Weise hilfreich, wenn der Dienstherr der Bran-

denburger Polizei, Innenminister Jörg Schönbohm, regelmäßig die Notwendigkeit der Erfassung rechtsextremer Straftaten in Abrede stellt.

Dagegen kann als Erfolg gewertet werden, dass es den Opferberatungsstellen mit Unterstützung des Bundesprogramms Civitas gelungen ist, in Berlin und Ostdeutschland ein flächendeckendes Netzwerk aufzubauen, um der großen Zahl der Betroffenen professionelle Hilfe anzubieten. 782 Opfer sowie 443 Personen, die als Angehörige von Opfern oder als Zeuginnen betroffen waren, wurden von den Beratungsstellen im letzten Jahr betreut. Etwa die Hälfte der Opfer (407) waren Asylsuchende, MigrantInnen und AussiedlerInnen, die zweite große Gruppe (269) waren Jugendliche deutscher Staatsbürgerschaft, die sich zumeist einem alternativen Milieu zugehörig fühlen.

AKTIV

Leere Flächen. Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“ von Rebecca Forner

Mahmud Azhar war auf dem Heimweg von der Freien Universität Berlin, als ihn ein Mann verfolgte und ihm einen Feuerlöscher auf den Kopf schlug. Der Erfurter Hartmut Balzke hatte seinen Sohn zu einer Party begleitet, als ihn Skinheads niederschlugen. Die Porträts der beiden Männer, die ihren Verletzungen am 6. März 1990 und am 29. Januar 2003 erlagen, bilden Anfang und Ende der Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“ von Rebecca Forner. Dazwischen sind grobgerasterte Fotos von Asylsuchenden und Polizisten, Kellnerinnen und Seemännern, Kleinkindern und Obdachlosen angeordnet – 128 Menschen, die seit 1990 rechten Gewalttätern zum Opfer fielen.

In den wenigen Zeilen unter jedem Foto erfährt man den Namen des Opfers, den Tag und die Umstände des Todes, manchmal das Alter und die Herkunft – mehr nicht. Viele Tafeln weisen statt Fotos nur leere, graue Flächen auf. „Es gibt von vielen Opfern keine Bilder“, so die Künstlerin. Die Berlinerin hat lange recherchiert und hätte Angehörige um private Bilder bitten können. Aber sie verwendet ausschließlich öffentliches Material, „um das Bild zu dokumentie-



Ausstellung in der Alten Synagoge Wuppertal

Foto: Rebecca Forner

ren, das sich Deutschland von den Opfern gemacht hat“. Zwischen die Tafeln sind idyllische Postkarten, Selbstbildnisse deutscher Gemeinden, und große Spiegel montiert.

„Diese Bilder habe ich noch nie gesehen, davon habe ich noch nie gehört“, resümierte Andreas Nachama von der Stiftung Topographie des Terrors die Reaktionen der BesucherInnen, als die Ausstellung 2002 erstmals auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände gezeigt wur-

de. Zusammen mit der Opferperspektive plant Rebecca Forner nun, die Ausstellung bundesweit zu zeigen. „Opfer rechter Gewalt“ wird ab dem 17. März 2004 im Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma in Heidelberg zu sehen sein.

Aktuelle Ausstellung:
www.sintiundroma.de
 Informationen und Vertrieb:
info@opferperspektive.de

Am 24. März 2003 berichteten die Potsdamer Neuesten Nachrichten in einer Kurzmeldung von einem Überfall auf dem Bahnhof Rehbrücke am Potsdamer Stadtrand.

Schläger festgenommen

BERGHOLZ-REHBRÜCKE

Zwei Betrunkene schlugen in der Nacht zum Sonntag gegen 2.30 Uhr auf dem Bahnhof auf einen dort wartenden Mann ein. Die 24- und 26-Jährigen hauten mit dem Schlagstock und traten ihr Opfer, als es am Boden lag. Sie konnten in Tatortnähe gestellt werden und wurden vorläufig festgenommen.

Als Patrick B. am frühen Morgen des 23. März 2003 auf den Zug wartete, kamen drei kahlrasierte Männer auf den Bahnsteig. Einer der Skinheads brüllte Patrick B. an: „Verpiss Dich, Du Zeckel“ und holte einen „Teleskopschlagstock“ aus der Jacke. Mit der stählernen Waffe schlugen die drei Männer dem 18-Jährigen abwechselnd gegen den Kopf und auf die Hände, einer rammte ihm das Knie ins Gesicht. „So fühlt es sich an, unterlegen zu sein!“, brüllte einer der Schläger das Opfer an und verlangte Handy, Geld und Zigaretten. Patrick B. reichte ihm seine Zigaretten, weigerte sich aber, Telefon und Geld herauszugeben. Der Skinhead warf ihn auf den Schienenstrang. Bewegungsunfähig im Gleisbett liegend, rief Patrick B. um 2.20 Uhr die Polizei. Kurz bevor die Beamten eintrafen, kam einer der Schläger zurück und zog das Opfer von den Gleisen. Ein Rettungswagen brachte Patrick B. ins Krankenhaus, wo ein Nasenbeinbruch, Platzwunden und Prellungen festgestellt wurden. Er hatte Glück: Der Zug nach Belzig, der fahrplanmäßig um 2.25 Uhr einfahren sollte, hatte 33 Minuten Verspätung. Die Täter wurden festgenommen. Heiko G., ein mehrfach vorbestrafter Neonazi, der auf den Fingerknöcheln SS-Runen eintätowiert hat, wurde am 26. Februar 2004 vom Landgericht Potsdam zu sechs Jahren Haft verurteilt. Patrick B. trat als Nebenkläger auf.

Erinnerung an Farid Guendoul

Am 13. Februar 1999 verblutete der Algerier Farid Guendoul in einem Hausflur in Guben, nachdem er auf der Flucht vor Rechtsextremisten durch eine Glastür gesprungen war. Antifaschistische Jugendliche gedachten seinem Tod auch dieses Jahr mit einer Kundgebung an dem Gedenkstein, der immer wieder geschändet worden ist. Auf einer Demonstration in Rheinsberg, die ebenfalls am Todestag stattfand, warnte Heinz-Joachim Lohmann, der Vorsitzende des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, solche Taten könnten sich wiederholen, „insbesondere wenn ich die Reihe von Brandanschlägen in den letzten Tagen und Wochen überall in Brandenburg sehe“.

Sechs Jahre Haft für Brandanschlag auf türkisches Lokal

Am 10. Februar 2004 wurde Karsten G. (27), einer der führenden Köpfe der brandenburgischen Neonazi-Szene, vom Landgericht Neuruppin wegen versuchtem Mord zu sechs Jahren Haft verurteilt. Er hatte am 3. September 2003 versucht, mit zwei Molotow-Cocktails in ein türkisches Restaurant in Hennigsdorf einzudringen. Ein Mitarbeiter hielt geistesgegenwärtig die Tür zu und verhinderte eine größere Katastrophe. Der Täter

Kommunale Hilfe für Opfer

Die Opferperspektive bietet 2004 auf Einladung des Koordinators gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde und der Ausländerbeauftragten von Neuruppin Fortbildungsveranstaltungen für VerwaltungsmitarbeiterInnen sowie Bürgerinitiativen der Städte an. Bei den Workshops, an denen auch der Verein Opferhilfe Brandenburg mitwirkt, werden die sozialen und psychologischen Folgen rechtsextremer Gewalt erläutert und Möglichkeiten aufgezeigt, wie Behörden und BürgerInnen die Opfer unterstützen können. Eine weitere Veranstaltung ist im Gerichtsbezirk Frankfurt (Oder) geplant. Die Opferperspektive will mehr AnsprechpartnerInnen für Opfer rechtsextremer Gewalt in den Kommunen gewinnen.

warf die Brandflaschen an die Fensterfront. Dem Anschlag war eine Auseinandersetzung vorausgegangen, bei der Karsten G. von einem Mitarbeiter des Lokals überwältigt worden war. Daraufhin hatte er gedroht: „Du sollst Angst haben, wir fackeln hier“ und „Wir töten eure Kinder“. In einem kurz nach der Tat geführten Telefonat, das von der Polizei abgehört wurde, machte er seinem Ärger Luft, dass „dit [sic] Ding nicht abgebrannt“ sei.

IMPRESSUM



Opferperspektive ist eine mobile Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg und ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Potsdam. Im Rundbrief *Schattenberichte* informiert die Opferperspektive regelmäßig über die Arbeit mit Opfern rechtsextremer Gewalt. Ein Schattenbericht ist ein Dokument, in dem Nichtregierungsorganisationen ihre Kenntnisse mit offiziellen Berichten vergleichen, Mängel kritisieren, Informationen hinzufügen und Empfehlungen aussprechen. SpenderInnen erhalten *Schattenberichte* regelmäßig und kostenlos. Spenden sind steuerlich absetzbar.

**Spendenkonto: 350 202 3041
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Potsdam
BLZ 160 500 00**

Herausgeberin: Opferperspektive e.V.
Lindenstraße 47, 14467 Potsdam
Telefon: 0171-1 93 56 69
Telefax: 01212-5-11 55 98 89
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

V.i.S.d.P.: Jonas Frykman, Opferperspektive,
Lindenstraße 47, 14467 Potsdam

Druck: Hinkelstein-Druck,
Schreinerstraße 60, 10247 Berlin

Gestaltung: Sabine Steinhof
<www.rrita.de>

Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS.

